

(Foto: Negro Elkha - stock.adobe.com)

08.03.2022

Trotz wirtschaftlichen Folgen: 89 Prozent der Unternehmen befürworten Sanktionen

Die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz hat in einer Blitzumfrage ihre Mitgliedsunternehmen um eine Einschätzung der Lage mit Blick auf den Russland-Ukraine-Konflikt gebeten. Die große Mehrheit der regionalen Wirtschaft unterstützt die Sanktionen gegen Russland: 89 Prozent der Unternehmen halten die Sanktionen gegen Russland und Belarus für angemessen, fünf Prozent tun dies nicht. „Dies zeigt, wie solidarisch die Betriebe in Rheinland-Pfalz zu den Maßnahmen gegen die Aggression Russlands steht. Mehr noch: Trotz aller wirtschaftlichen Einschränkungen geben 65 Prozent der befragten Unternehmen an, Hilfsangebote für die Ukraine und ihre Bürgerinnen und Bürger zu leisten“, fasst Karina Szwede, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der IHK Koblenz und Sprecherin International der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz die Ergebnisse der Blitzumfrage, an der sich 472 Unternehmen beteiligt haben, zusammen.

Insbesondere Exportgeschäft betroffen

23 Prozent der Unternehmen geben an, von den Sanktionen stark oder sehr stark betroffen zu sein. Von den antwortenden Unternehmen machen 47 Prozent in Russland, Belarus oder Ukraine Geschäfte. Hierbei ist der Export von Waren oder Dienstleistungen mit 38 Prozent die vorherrschende Geschäftsbeziehung, bei 10 Prozent der Unternehmen geht es um das Importgeschäft. Vier Prozent unterhalten Niederlassungen oder Firmen in den besagten Ländern.

Auswirkungen der Sanktionen sind vielfältig

Viele Lieferungen nach Russland oder in die Ukraine sind unmöglich geworden. Die Probleme im Zahlungsverkehr halten besonders große Unternehmen davon ab, jedes Produkt einer genauen Sanktionsprüfung zu unterziehen, stattdessen wird teilweise die gesamte Geschäftsbeziehung eingestellt. Dies wiederum schädigt spezialisierte Tochterunternehmen. Auch die Zulieferung von Spezialmaterialien aus diesen Ländern ist kaum realisierbar. „Unsere betroffenen Firmen sind gezwungen, sich um neue Zulieferer zu bemühen, neue Handelsbeziehungen aufzubauen und Preissteigerungen aufgrund der geringen Verfügbarkeit hinzunehmen. Dies gilt auch für die Versorgung mit Erdgas und Erdöl. Bereits vor dem Russland-Ukraine-Konflikt waren die steigenden Rohstoff- und Energiepreise das größte Hemmnis für die rheinland-pfälzischen Betriebe. Vor allem die Industrie belasten die enormen Preissteigerungen, die sich nun vermutlich noch verschärfen“, fasst Karina Szwede die Ergebnisse zusammen.

Informationen zu Sanktionen, wirtschaftlichen Folgen und Unterstützungsangeboten bündelt die IHK Trier auf einer Sonderseite zur Ukraine-Krise ([Link: /p/Aktuelle_Informationen_zum_Russland-Ukraine-Konflikt-2875.html](/p/Aktuelle_Informationen_zum_Russland-Ukraine-Konflikt-2875.html)) .

ANSPRECHPARTNER

International

JAN HEIDEMANNS

Tel.: 0651 9777-230

Fax: 0651 9777-205

heidemanns@trier.ihk.de